

10 Herausforderungen für Alternativen zur neoliberalen Vorherrschaft

von Sven Giegold

In diesem Beitrag möchte ich zehn zentrale Herausforderungen für die sich bildende Koalition gegen den neoliberalen Zeitgeist zur Diskussion stellen. Diese zehn Herausforderungen entwickle ich vor dem Hintergrund einiger Überlegungen zur politischen Situation und notwendigen Grundorientierungen der Koalition.

Erschütterungen im neoliberalen Gefüge

Die letzten 25 Jahre waren eine Zeit des tiefgreifenden Siegeszug des Neoliberalismus. Nach Jahrzehnten des Dämmerns in intellektuellen Zirkeln haben es die neoliberalen Kräfte geschafft, sich in einer Phase der Widersprüche des keynesianischen Modells¹ gegen Optionen eines erneuerten keynesianischen Deals durchzusetzen. Heute hat der Neoliberalismus in den Köpfen großer Teile der Eliten der Industrieländer die Vorherrschaft errungen. Geschickt nutzen die neoliberalen Prediger die Schwächen des keynesianisch-sozialstaatlichen Modells: Die im Vergleich zum Neoliberalismus komplizierteren ökonomischen Überlegungen. Die in der öffentlichen Auseinandersetzung durch ihre Schlichtheit bestechenden neoliberalen Argumente und Annahmen nahe der jedem bekannten Ökonomie des privaten Haushalts. Die immer wieder erfahrbare Ineffizienz, Unflexibilität und Bürokratie öffentlicher Angebote und Eingriffe in den Markt. Die Veränderungen und Differenzierungen in der Sozialstruktur vieler Sozialstaaten und Prozesse der Individualisierung und Vereinzelung machen den Erhalt und Ausbau kollektiv garantierter sozialer Rechte und Einrichtungen politisch schwieriger². Hinzu kommt die falsche Anwendung keynesianischer Überlegungen, die sich in einer Überschuldung der öffentlichen Haushalte ausdrückt. Schließlich, und vielleicht entscheidend, hat das Ende des sozialistischen Experiments die letzten Skrupel weiter Teile politischer und wirtschaftlicher Eliten beseitigt, eine umfassende Aufkündigung des Klassenkompromisses nach dem zweiten Weltkrieg vorzunehmen. Trotzdem hat sich in der öffentlichen Meinung der Sozialstaat – auch gegen ständige Propaganda in der veröffentlichten Meinung – als erstaunlich wehrhaft erwiesen. Die Mehrheit der Menschen weiß, dass eine immer weiter gehende Deregulierung der Wirtschaft nicht in ihrem Interesse liegt. Das zeigt sich regelmäßig an Meinungsumfragen oder auch den durchweg gewonnenen Volksentscheiden zu Fragen kommunaler Privatisierungen. Die positiven Erfahrungen mit dem Sozialstaat haben die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger mitgeprägt, anknüpfend tiefe Wünsche nach Gerechtigkeit und Sicherheit.

¹ Unter « Keynesianischem Modell » verstehe ich vereinfacht gesagt die in den drei Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg zunächst mit viel Erfolg betriebene Mischung aus Marktwirtschaft, v.a. privatem Eigentum an Produktionsmitteln, über starke Gewerkschaften und öffentliche Eingriffe abgesicherte mit der Wirtschaftsleistung steigende Löhne, öffentliche soziale Sicherungssysteme und Einrichtungen sowie den Versuch mit Hilfe von staatlichen Ausgaben und Geldpolitik den krisenhaften Verlauf kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung zu stabilisieren.

² Ulrich Brand (2003) weist daher mit Recht darauf hin, dass der Neoliberalismus nicht einfach etwas Böses außerhalb von uns ist, sondern sich auch im Alltag findet. Neoliberale Politik wird eher akzeptiert, weil sie teilweise Mustern des Alltagshandelns entspricht. Insofern wird auch der Nahraum zu einem Ort des Handelns für Alternativen.

Aber auch die neoliberale Politik hat Spuren hinterlassen. Die im Zuge der neoliberalen Vorherrschaft geschaffenen oder ausgestalteten Institutionen – freier Warenverkehr, offene Grenzen für Kapital, Sicherung intellektuellen Eigentums, Europäischer Binnenmarkt samt Euro, Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds – erlauben keinen umfassenderen sozialen Fortschritt in einem einzelnen Land mehr. Die Zeichen stehen überall in der entwickelten Welt auf Abbau von sozialen Rechten. Heute wird unter internationalem Druck zurückgenommen, was schon lange erstritten schien: das freie Wochenende, geschützte Beschäftigung, Versorgung aller mit dem medizinisch Notwendigen, 35-Stundenwoche. Nach einer Zeit von umfassenden sozialen Fortschritten, zumindest in den Industrieländern, kommt es zu einer gesellschaftlichen Rückwärtsentwicklung. Die Richtung dieses Prozesses wird sich kurzfristig nicht durch ein wenig mehr an Protesten ändern lassen. Denn die geschaffenen Institutionen stabilisieren den neoliberalen politischen Kurs auch über leichte Erschütterungen hinweg. Die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse haben sich im Angesicht der ständigen Drohung mit Kapitalabzug und Investitionsstreik grundlegend verändert. Die nationale Politik ist also auch daher neoliberal, weil sie vorher auf internationaler Ebene neoliberalen Institutionen zugestimmt hat. Der Staat wird mehr und mehr zu einem Instrument von EigentümerInnen an Kapital umgebaut. Der Staat greift weiterhin ein, aber mit veränderten Schwerpunkten: Weniger Sozialstaat, mehr Militär und innere Sicherheit, weniger demokratische und ökologische Regeln, dafür mehr wirtschaftlich verwertbare Bildungs- und Forschungsausgaben. Auch wenn in einzelnen europäischen Ländern Parteien mit einem ausgesprochen anti-neoliberalen Programm an die Macht kommen, setzen sie den neoliberalen Kurs im besten Falle mit einigen Veränderungen fort.

Wahrscheinlich erst mit grundlegenden politischen und/oder ökonomischen Krisenerscheinungen des neoliberalen Projekts kann sich ein Fenster öffnen, das wieder eine echte Richtungsänderung gesellschaftlicher Entwicklung ermöglicht. So wie die Neoliberalen um Hayek auf ihre Chance gewartet haben, werden wir dies heute auch tun müssen. Gerade im Zuge der derzeit wachsenden sozialen Bewegung ist es wichtig, die Grenzen des eigenen Handels zuzugeben. Nur so lässt sich durch überhöhte Erwartungen programmierte Enttäuschung und darauf folgende Entpolitisierung vermeiden. Gleichzeitig benötigt jede Bewegung sichtbare Teilerfolge, um die eigene Mobilisierung verstärken zu können. Letztlich wird jedoch die entscheidende Frage sein, ob der Neoliberalismus in der Lage ist ökonomisch und politisch zumindest mittelfristig Stabilität zu erzeugen. Also ob es auch über längere Zeiträume möglich ist, eine Ökonomie der Vertiefung von Spaltungs- und Ausbeutungsprozessen zu erreichen. Es gibt gute Gründe dies zu bezweifeln. Für den politischen Prozess in den entwickelten Ländern dürfte entscheidend sein, dass zunehmend auch breite Teile der Mittelschicht zu den DerulierungsverliererInnen zählen. Politisch stabil kann das neoliberale Projekt jedoch nur sein, wenn es den politischen Eliten gelingt, die Verlierergruppen klar zu begrenzen.

Letztlich kann man lange über mögliche Krisenursachen spekulieren und an die Geschichte theoretischer Fehlschläge der Krisenanalyse des Kapitalismus anknüpfen. Trotz unzähliger Krisen und Probleme hat sich das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner politischen Regulierung als erstaunlich stabil erwiesen. Alleine in den letzten Jahren wurde mit Enron-Skandal, Bösenecrash, Japan-Krise sowie Asien- und etlichen weiteren Finanzkrisen einiges verdaut. Das bedeutet natürlich nicht, dass es immer so bleiben muss. Allerdings erscheint es anstelle von Theoretisieren über Krisen ungleich wertvoller, sich Gedanken über Alternativen zu machen. Wenn es zur Öffnung eines Fensters für eine tiefgreifendere politische Veränderung kommt, so ist keineswegs ausgemacht, in welche Richtung diese Veränderung erfolgt. Eine Reaktion nach rechts mit verstärkter Ausgrenzung und Abschottung ist ebenso möglich, wie die Internationalisierung sozialen Fortschritts.

Die internationale globalisierungskritische Bewegung ist derzeit nicht nur die wichtigste politische Herausforderung des neoliberalen Projekts, sondern auch von großer politischer

Bedeutung, um eine mögliche Krisenreaktion nach Rechts zu verhindern. Gleichzeitig wachsen in den verschiedenen Ländern, die von Sozialabbau betroffen sind, breite Koalitionen, die sich dem neoliberalen Umbau entgegen stellen. Beides ist nicht identisch, auch wenn es breite Überschneidungen gibt³.

Strategische Grundorientierungen

Basis für die Diskussion weitergehender Strategien beider Bewegungen müssen aus meiner Sicht die strategischen Grundentscheidungen sein, die hinter dem Erfolg der jetzigen globalisierungskritischen Bewegung stehen, nämlich:

Die Schaffung eines breiten Bündnisses mit ideologischer Offenheit aber internationalistischer Ausrichtung, das als Basis hat, dass es derzeit weder eine verallgemeinerbare Großalternative noch eine verallgemeinerbare Methode zur Durchsetzung grundlegenden gesellschaftlichen Wandels gibt. Ohne diese Grundlage wären die Demonstrationen von Seattle, Cancùn, Göteborg und des 15. Februar 2003 genauso wenig möglich gewesen wie das Wachstum von Attac und die Globalisierung der Sozialforen. Diese Basis ist ein grundlegender und in weiten Teilen international vollzogener Bruch mit den Traditionen weiter Teile der politischen Linken des letzten Jahrhunderts.

Die internationale Bewegung ist allerdings noch zu schwach, einen grundlegenden politischen Wandel durchzusetzen. Ihre erste Aufgabe ist daher an strategisch wichtigen Stellen zu bremsen. Dazu gehört zu aller erst zu verhindern, dass weitere neoliberal ausgerichtete internationale Institutionen geschaffen werden, die nachher politische „Sachzwänge“ erzeugen. Eine breit getragene Botschaft in der Bewegung ist daher: Keine weitere ökonomische Liberalisierung, zumindest solange keine Internationalisierung sozialer, ökologischer und demokratischer Rechte stattgefunden hat⁴. Es gilt also weitere Welthandelsrunden und die vorständige Liberalisierung des internationalen und europäischen Dienstleistungsmarktes (GATS, Bolkestein-Direktive) ebenso zu verhindern wie die Entstehung neuer Freihandelsabkommen. Die Schaffung weiterer neoliberaler Institutionen ist für die Gegenseite ein schwieriger Prozess, weil ein Konsens aller beteiligten Regierungen notwendig ist. Diesen Konsens herzustellen, ist jedoch bei gleichzeitiger Existenz einer starken globalisierungskritischen Bewegung schwer. Daher hat die Bewegung hier bereits große Erfolge erzielt: Die Verhinderung des MAI-Abkommens. Das Scheitern von Seattle und Cancùn. Die Verbannung der sogenannten Singapur-Themen (Investitionen, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerb u.a.) aus der aktuellen WTO-Handelsrunde. Die viele öffentliche Kritik an der geplanten drastischen Ausweitung des GATS-Abkommens. Über das Bremsen hinaus muss es darum gehen an strategisch wichtigen Stellen Re-Regulierungen durchzusetzen. Dabei kommen zu erst solche Regulierungen in Frage, die keinen internationalen Konsens voraussetzen, aber dennoch strategische Bedeutung haben. Dazu gehört, endlich entschiedenes Handeln der Nationalstaaten gegen die internationale Steuerflucht und Steuerkonkurrenz zu erreichen. Wie kaum ein anderes Argument dient der Steuerwettbewerb als Hebel in der Hand neoliberaler Kräfte, um den Abbau öffentlicher Einrichtung und Leistungen zu erreichen. Wie Attac detailliert dargelegt hat, lässt sich die Steuerflucht und teilweise auch der Steuerwettbewerb durch entschiedenes Vorgehen weniger

³ Im folgenden spreche ich von „anti-neoliberaler Koalition“ und „globalisierungskritischer Bewegung“. Wenn ich nur Attac als Organisation und Netzwerk, international gesehen ein kleiner Teil der globalisierungskritischen Bewegung, meine so spreche ich nur von „Attac“.

⁴ Diese Aufgabe des Bremsens schließt natürlich nicht aus, dass es zur Erhöhung des politischen Drucks im weiteren Verlauf der Bewegung auch nötig sein könnte, direkter gegen freien Kapitalverkehr und Freihandel vorzugehen, wenn die geforderten Regulierungen nicht umgesetzt werden.

und zum Teil auch einzelner Nationalstaaten massiv einschränken⁵. Aus Perspektive der Entwicklungsländer ist ähnlich wichtig, Kapitalflüsse weiterhin selbst steuern zu können. Es muss unbedingt das demokratische Recht von Staaten verteidigt werden, sowohl Kapitalverkehrskontrollen zu erlassen als auch den Zugang von Investoren zu beschränken. Mindestens ebenso wichtig scheint es aus Sicht der armen Länder Schuldenstreichung durchzusetzen, sowohl um Armutsbekämpfung möglich zu machen, als auch um die politische Erpressbarkeit der Länder entscheidend zu reduzieren. Auf nationaler Ebene sind dagegen die Forderungen nach Mindestlohn und existenzsichernder Grundsicherung, Arbeitszeitverkürzung und der allgemeine und gleiche Zugang zu Gesundheits- und Pflegeleistungen zentrale Forderungen. Über diese Fragen herrscht in der globalisierungskritischen Bewegung weitgehender Konsens. Das gilt auch für eine ganze Zahl weiterer Forderungen mittlerer Reichweite.

In diesem Zusammenhang war ein Schwachpunkt der globalisierungskritischen Bewegung als auch der anti-neoliberalen Koalition, dass wir unsere Forderungen zu defensiv vorgebracht haben. Das Etikett der „Globalisierungsgegner“ und „Reformgegner“ ist dabei sowohl unpassend und als auch schädlich. Unpassend, weil eine internationalistische Bewegung per Definition nicht gegen Globalisierung an sich sein ist. Auch kann niemand, der vieles in dieser Gesellschaft für ungerecht hält, pauschal gegen Reformen sein. Schädlich, weil eine defensive Ausrichtung schwerlich Erfolg verspricht. Die Kraft einer positiven Vision, etwa international garantierter sozialer und ökologischer Rechte, ist nicht zu unterschätzen⁶. Es gilt daher unsere Forderungen offensiv vorzutragen (Medico International 2004). Allerdings geht es natürlich um qualitativ ganz andere Reformen und haben auch Abwehrkämpfe eine wichtige Bedeutung. Allerdings sollten sie nicht das Bild einer Bewegung prägen, wenn sie Erfolg haben will. Auch wird der Einfluss der internationalen Ebene in der aktuellen Diskussion um Sozialabbau immer noch unterschätzt. Häufig herrscht das Bild vor, mit anderen Leute in der Parteipolitik und weniger neoliberaler Ideologie allein sei eine Wende auch auf nationaler Ebene zu schaffen. Bisher ist es auch Attac zu wenig gelungen, die Bedeutung der internationalen und vor allem europäischen Strukturen und Entscheidungen in der anti-neoliberalen Koalition zu vermitteln. Gerade das Wissen innerhalb der Bewegung zu Fragen der EU ist im Vergleich zur Bedeutung erschreckend gering. Es wäre die Aufgabe von Attac transparent zu machen, wie die EU von nationalen Regierungen genutzt wird, um international Dinge zu beschließen, die dann national als Sachzwang erscheinen. Die Entscheidungen in Brüssel, Washington und Genf wären fortlaufend und aktuell zu veröffentlichen, zu erklären und zu bewerten. Gleichzeitig gilt aber auch, dass v.a. die EU als Mittel der Internationalisierung sozialer Regeln dienen könnte. Entsprechende Forderungen wie Sozialkorridore, verbindliche soziale Mindestsicherungen, Steuerharmonisierung, Internationalisierung der Lohnverhandlungen, usw. (Karrass/Schmidt 2004) sind in der anti-neoliberalen Koalition viel zu wenig bekannt.

Wenn es jedoch um die Durchsetzung grundlegender und weitergehender politischer Alternativen geht, so befindet sich die Bewegung in einem Suchprozess. Die Abwesenheit einer umfassenden Großalternative hat viele Vorteile. So können auf diese Weise breitere Gruppen und Organisationen einbezogen werden. Außerdem entspricht das Fehlen „der Alternative“ dem verbreiteten tiefen Unbehagen gegenüber Ideologien und den vielen negativen Erfahrungen damit. Trotzdem ist es für die Überzeugungskraft der globalisierungskritischen Bewegung ein gravierendes Problem, dass wir zu zentralen Fragen keine klare Position haben. So kann die Bewegung weder sagen, wie sie zum Freihandel (vs.

⁵ Vgl. www.attac.de/steuerflucht

⁶ Hier leiden wir auch unter dem deutschen Begriff der „globalisierungskritischen Bewegung“. Die englischen (alterglobalist movement) und französischen Begriffe (mouvement altermondialiste) drücken ungleich besser aus worum es geht: Um eine grundlegend andere, bessere Globalisierung.

Handelsbeschränkungen) steht, wie sie die Erpressung durch mobiles Kapital beenden will, wie sie sich multilaterale Institutionen vorstellt und welche Bedeutung die Nationalstaaten in der Zukunft haben sollen, noch wie sie die Erwerbsarbeitslosigkeit beseitigen will und welche Rolle wirtschaftliches Wachstum dabei spielen darf. Darüber hinaus gibt es noch die ganz großen Konflikte, etwa wie man es mit dem Kapitalismus an sich halten soll. Dagegen bietet die neoliberale Konzeption auf die oben genannten Fragen mittlerer Reichweite klare Antworten; womit natürlich nicht gesagt ist, dass diese funktionieren oder gar legitim sind. Das Fehlen gemeinsamer Alternativen trägt daher zu dem in vielen Ländern beobachteten Phänomen bei, dass der globalisierungskritischen Bewegung zwar viel Sympathie und Zustimmung bei der Kritik zukommt und auch erhebliches Mobilisierungspotential vorhanden ist, aber die Antworten und Alternativen der Bewegung nur begrenzt aufgenommen werden. Hier zeigen sich die Kosten des pluralen Konzepts der Bewegung. Die Deutungshoheit des Neoliberalismus ist ohne einigermaßen klare Alternativen viel schwerer zu beenden. Gerade die Unterstützung eines Teils der Eliten⁷ wird davon abhängen, ob alternative Konzeptionen überzeugend und hinreichend widerspruchsfrei sind. So war Keynes' ökonomisches Modell eine wichtige Voraussetzung für den Klassenkompromiss nach dem zweiten Weltkrieg. Besonders auf internationaler Ebene ist die Uneinigkeit in vielen zentralen Fragen problematisch. Fraglos kann heute eine grundlegende Richtungsänderung nur international gedacht werden. Um dort wirklich etwas zu bewegen, müssen jedoch ähnliche Forderungen gleichzeitig in verschiedenen Teilen der Welt erhoben werden. Das ist jedoch schwierig, wenn die dominierenden Positionen je nach Land unterschiedlich sind. Aus dieser Analyse sollte man freilich nicht schließen, nun unbedingt Antworten auf schwierige Fragen erzwingen zu wollen. Eine Pflanze wächst nicht schnell, wenn man an ihr zieht. Alternativen müssen im Rahmen der Bewegung entstehen bzw. aufgenommen werden, die sie durchsetzen sollen. Gleichzeitig sollten wir uns auch nicht einreden lassen, dass wir keinerlei Alternativen hätten. Alle Forderungen, die in der globalisierungskritischen Bewegung weitgehend auf Zustimmung stoßen, sind bereits ein ansehnlicher Katalog. Ein Beispiel bietet etwa die Frankfurter Erklärung, die politische Basis des Attac-Netzwerks in Deutschland. Es wäre sinnvoll, wenn die wichtigsten Forderungen in einem weit über Attac hinaus reichenden Papier zusammengefasst würden⁸. Würden diese Forderungen umgesetzt, wäre die Welt ungleich menschlicher. Daher sollten wir uns bei den Kampagnen zu ihrer Durchsetzung nicht beirren lassen. Allerdings müssen wir gleichzeitig die Arbeit an unseren Alternativen, auch auf der Ebene der schwierigen Fragen, dringend verstärken. Die bestehenden Unterschiede sollten in einem ergebnisoffenen Prozess angesprochen und diskutiert werden. Die Sozialforen und insbesondere das Weltsozialforum müssen viel stärker ein Ort kritischer, aber solidarischer, Diskussion werden.

Strategische Überlegungen hängen natürlich entscheidend von den eigenen Zielvorstellungen ab, die in der globalisierungskritischen Bewegung – besonders auch im internationalen Vergleich - sehr unterschiedlich sind. Schon aus der Notwendigkeit heraus Alternativen international denken zu müssen, kann derzeit keine der in der Alternativendebatte vertretenen Positionen für sich einen Führungsanspruch in der Bewegung beanspruchen. Hinzu kommt, dass die Bewahrung des Zusammenhalts der Bewegung von entscheidender Wichtigkeit und keineswegs selbstverständlich ist. In sofern sind auch die folgenden Überlegungen als *ein* Beitrag zu diesem Suchprozess zu verstehen. Aus meiner Sicht müsste es perspektivisch um folgende Kernbotschaften gehen:

⁷ vgl. Einführung zu diesem Buch zum Verständnis dieses Begriffes.

⁸ Das ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem allumfassenden Programm, sondern eher ein Zwischenstand der Debatte.

Märkte versagen und erzielen unerwünschte Ergebnisse. Daher benötigen sie politische Regulierung. Völlige Eigenverantwortung ist daher nicht Freiheit, sondern Disziplinierung⁹. Eine Ideologie, die Märkte sozial, ökologisch und demokratisch deregulieren will, ist daher nicht freiheitlich, sondern tyrannisch. Menschen haben jenseits von Marktergebnissen und erbrachter Leistung Rechte, weil sie Menschen sind und damit an dem Erbe der vorangegangenen Generationen teilhaben, auf dem praktisch alle heute erbrachten Leistungen beruhen. Angesichts der Globalisierung können Nationalstaaten allerdings nicht mehr die einzige Ebene der Regulierung von Märkten und damit Garant von sozialen Rechten sein. Statt die nationalstaatliche soziale und ökologische Regulierung abzuwickeln, muss es darum gehen wirtschaftspolitische, sozialstaatliche und ökologische Eingriffe in den Markt zu internationalisieren. In diesem Sinne sind die internationalen und europäischen Institutionen umzubauen. Allerdings dürfen wir uns nicht einreden lassen, dass es unter Globalisierungsbedingungen keine relevanten Spielräume zwischen verschiedenen Kapitalismen mehr gibt. Angesichts der enormen Unterschiede an sozialen Rechten – etwa zwischen den angelsächsischen und den skandinavischen Ländern – lohnt es sich auch weiterhin auf nationalstaatlicher und lokaler Ebene für soziale, ökologische und demokratische Eingriffe in den Markt zu streiten. Ohne die Internationalisierung dieser Eingriffe wird dieser Handlungsraum jedoch stetig geringer werden.

Es ist natürlich völlig offen, ob die wachsende internationale Bewegung für eine andere Globalisierung eine Kraft wird, die auch nur annähernd vergleichbare Kräfteverhältnisse hervorbringen kann, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg zur Schaffung nationaler Sozialstaaten geführt haben. Diese Bewegung ist aber aus meiner Sicht die mit Abstand erfolgversprechendste Perspektive, die wir haben. Klar ist dass enorme politische Energien durch den Neoliberalismus hervorgebracht werden. Um sie zu stärken sehe ich 10 wichtige Herausforderungen, die sich teilweise auf die internationale und teilweise auf die deutsche Situation beziehen.

Herausforderung 1

Langfristig angelegter Bildungs- und Erkenntnisprozess organisieren

Der Gründungsgedanke von Attac bleibt für eine anti-neoliberale Perspektive fundamental: Nur in einem breit und langfristig angelegten ökonomischen Aufklärungsprozess wird ein tiefer gehender Wandel zu erreichen sein. Dieser Prozess sollte von ganz einfachen Fragen ausgehen:

- Warum sollen wir mehr arbeiten, wenn doch jede Arbeitsstunde immer produktiver wird?
- Warum sinkt die Kaufkraft vieler Bevölkerungsgruppen, wenn gleichzeitig die Produktivität steigt?
- Wieso sollen bei steigender Wirtschaftsleistung pro Kopf die Renten sinken?
- Warum steigt in einer immer produktiveren Wirtschaft der Druck bei der Arbeit und die Prekarität der Arbeit immer weiter an?

Auf solch einfache Fragen haben die neoliberalen Prediger keine vernünftigen Antworten. Sie sind der Ausgangspunkt, um sich mit den neoliberalen Mythen der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit, der Notwendigkeit des Sozialabbaus aus demografischen Gründen, der Leere der öffentlichen Kassen, der angeblichen ökonomischen Ineffizienz eines starken öffentlichen Sektors, usw. zu befassen.

Herausforderung 2

Den Wunsch nach Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit nähren

⁹ vgl. auch „Herausforderung 4“ in diesem Text.

Eine wesentliche Achillesferse der neoliberalen Konzeption liegen in den ungleichen Verteilungsergebnissen und der steigenden ökonomischen Unsicherheit. Sie sind für die andere Seite auch nicht vermeidbar, weil sie prägender Bestandteil der neoliberalen Konzeption sind. Die große Mehrheit der Bevölkerung hat auf dem Hintergrund von über Jahrhunderte geprägten Gerechtigkeitsgefühlen fundamental andere Auffassungen als das neoliberale Programm. Erstens, wird Ungleichheit nur in relativ engen Grenzen für legitim gehalten. Zweitens, vermeiden die meisten Menschen starke Unsicherheit der Einkommens- und Vermögenssituation mit viel Aufwand und Mühen. Da die Zumutung zunehmender Ungleichheit und Unsicherheit vor dem Hintergrund einer immer weiter wachsenden Wirtschaftsleistung geschieht¹⁰, liegt hier für die neoliberalen Kräfte ein grundlegendes Problem. Wenn sie für einige Wasser predigen, müssen andere Wein trinken. Dabei nimmt nicht nur die Ungleichheit an Einkommen zu, sondern auch die ungleiche Verteilung von Sicherheit. Während ein Teil der Haushalte sich mit erheblichem Vermögen sehr sicher fühlen kann, beträgt nach Hartz IV der mögliche Abstand zur Sozialhilfe noch 12 Monate. Hinzu kommt, dass die sozialen Unterschiede nach wie vor „vererbt“ werden, also keineswegs gleiche Chancen bestehen und wohl niemals bestehen werden, den gewünschten Platz auf der neoliberalen Einkommensleiter ergattern zu können. Es geht also nicht nur um die Verteilung von Wohlstand, sondern auch um den Zugang zu einem möglichst angstfreien Leben für alle. Die Gegenseite arbeitet mit großen PR-Kampagnen (von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bis zum Bundeswirtschaftsministerium) an der Akzeptanz von mehr Ungleichheit und Unsicherheit.

Unsere Aufgabe besteht daher darin, ihnen bei diesem Umerziehungsprogramm in die Suppe zu spucken. Wir müssen die Verteilungsergebnisse des deregulierten Marktes in Misskredit bringen. In klaren Bildern, deutlichen Grafiken, krassen Zahlen, Berichten von Betroffenen und NutznießerInnen müssen wir die wachsenden Unterschiede an Vermögen und Einkommen deutlich machen. Gleichmaßen sollten wir an ebensolchen Bildern aufzeigen, wie sehr die gleichen Aufstiegschancen für alle ein Mythos sind. Armut muss sichtbar werden, Reichtum auch. Damit wird deutlich, dass eben die Zunahme an Ungleichheit keineswegs allen nützt. Es geht um Umverteilungsprozesse und nicht um neue Knappheiten. Wir sollten die unmoralische Seite der Forderungen der politischen und ökonomischen Eliten brandmarken, die längst in einer sicheren, anderen Welt leben als ihre Opfer. Das gilt auch für PolitikerInnen und die meisten Verantwortlichen in Medien, Interessensverbänden, Wirtschaftsforschungsinstituten, usw. Ihre Politik wird dadurch angreifbar, dass sie eine Verarmungspolitik anderen zumuten, sich selbst jedoch davon ausnehmen. Sie erscheinen damit als korrupte Profiteure¹¹. Als Alternative zu all dem sollten wir setzen: Es ist genug für alle da. Jedem Menschen steht ein bedingungsloses Existenzgeld sowie ein gesetzlicher Mindestlohn zu.

Bei dieser notwendigen Orientierung auf Fragen der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Sicherheit dürfen wir jedoch nicht den Fehler machen, andere tiefgreifende Ungerechtigkeiten aus dem Blick zu verlieren. Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die sozialen Bedingungen bei der Arbeit, die immer noch ungerechte Verteilung von Rechten zwischen Männern und Frauen sowie die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen dürfen auch angesichts härterer Verteilungskämpfe in den entwickelten Ländern nicht zu Nebenwidersprüchen abgewertet werden. Vielmehr setzt die neoliberale Vorherrschaft erreichte Fortschritte in den genannten Bereichen unter Druck. Es gilt also sich in die

¹⁰ Die Annahme weiteren Wachstums ist realistisch, weil es schon durch den weitergehenden technischen Fortschritt zu Wachstum kommt. Das sagt aber natürlich noch nichts über die Höhe des Wachstums. Ob und wie viel Wachstum wünschenswert und mit den ökologischen Grenzen vereinbar ist, ist eine andere Frage.

¹¹ So spart der Bundeskanzler ab 2005 durch seine Steuerreform etwa 17.110 € an Steuern, ein Bundestagsabgeordneter (verheiratet, 2 Kinder) 6.210 €!

nationalen Auseinandersetzung auch um Verteilungsfragen einzubringen, ohne allerdings die weitere und vor allem internationale Perspektive aus den Augen zu verlieren.

Herausforderung 3

Die Frage nach Demokratie und Freiheit stellen

Die neoliberalen Kräfte versuchen den Eingriff in den Markt als Eingriff in die persönliche Freiheit dazustellen. Wir sollten dagegen setzen, wie viel Unfreiheit die Einschränkung kollektiven Handelns eigentlich bedeutet. Angesichts des zunehmenden internationalen Wettbewerbs sinkt der Handlungsspielraum nationaler Parlamente ständig. Viele politische Maßnahmen erweisen sich unter den Bedingungen offener Grenzen für Kapital und Waren als undurchführbar, auch wenn sie den Wünschen der BürgerInnen entsprechen. Wenn es immer schwerer wird, eine sozial gerechte Verteilung der Vermögen und Einkommen, strenge ökologische Regeln, anspruchsvolle Mitbestimmung in den Betrieben, usw. noch zu organisieren, so ist dies ein enormer Verlust an Freiheit, die Gesellschaft und das eigene Leben zu bestimmen. An die Stelle kollektiver Entscheidung tritt nicht die Freiheit des Einzelnen, sondern die zunehmende Disziplinierung im Sinne des Marktes. Der Wunsch nach Demokratie ist jedoch groß, der Ärger über den laufenden Verfall unserer Demokratie enorm. Denn dieser Verfall steht im Widerspruch zu den immer weiter gewachsenen Wünschen nach Selbst- und Mitbestimmung. Hier kann die Koalition gegen die neoliberale Vorherrschaft mit dem Ziel der Regulierung des Marktes ansetzen.

Herausforderung 4

Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche brandmarken

Genauso wie der Neoliberalismus keine Antworten auf Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Demokratie geben kann, scheitert er auch bei der Frage nach einem „guten Leben“. Eine kulturelle Kritik am Markt mit schwachen sozial-ökologischen Regeln oder am Markt an sich ist im Vergleich zu den sechziger und siebziger Jahren aus der Mode gekommen. Teilweise zu recht, da es fragwürdig ist, intellektuell bestimmen zu wollen, was ein gutes Leben ist und was nicht. Schließlich ist eines der stärksten Argumente für die Marktwirtschaft, dass sie in der Lage ist Menschen mit ganz verschiedenen Vorlieben eines guten Lebens miteinander in ökonomische Beziehung zu setzen. Allerdings kann sich dieser Vorzug des Marktes in sein Gegenteil verkehren, wenn die Leistungsanforderungen in einer kapitalistischen Marktwirtschaft so weit steigen, dass viele Formen eines guten Lebens gar nicht lebbar sind. Der heutige Leistungsdruck am Arbeitsplatz, die Probleme Familie und Beruf zu vereinbaren, der Druck länger zu arbeiten und jederzeit flexibel auf die Anforderung von ArbeitgeberInnen reagieren zu können, der ständige Konsumdruck, usw. – kurz: die Fremdbestimmung - zeigen, dass die Wünsche vieler Menschen an ein gutes Leben mit dem sozial und ökologisch entfesselten Markt nicht vereinbar sind. Dies gilt gerade auch für große Teile der Mittelschichten, die eigentlich die (Mit-)Gewinner der neoliberalen Reformen sein sollen. Über diese Anfragen an ein gutes Leben sind sie vielleicht eher zu gewinnen, als über klassische Argumente sozialer Gerechtigkeit. Auch in die Kirchen, die Frauenbewegung und Umweltorganisationen bieten auf diesem Wege gute Anknüpfungspunkte. Das Menschen- und Gesellschaftsbild hinter dem Neoliberalismus ist nicht mehrheitsfähig.

Herausforderung 5

Internationale Handlungsfähigkeit der globalisierungskritischen Kräfte herstellen

Die globalisierungskritische Bewegung muss international lernen, für eigene Kampagnen Kräfte zu bündeln (Wahl 2004a). Bisher gelingt dies nur, wenn Termine und Ereignisse von außen gesetzt werden. Fraglos waren die gleichzeitigen Demonstrationen vom 15. Februar 2003 ein großer Erfolg. Sie haben erheblich dazu beigetragen, dass die Koalition für den Irak-Krieg beschränkt blieb und in vielen beteiligten Ländern ein Projekt der Regierungen gegen

die eigene Bevölkerung war. Bei der Koordination des Termins der globalen Demonstration haben das Weltsozialforum und seine europäische Entsprechung eine wichtige Rolle gespielt. Diese Konzentration der Bewegung auf ein Thema und einen Termin gelang jedoch nur unter dem Druck der Ereignisse. Um die eigene Wirksamkeit zu steigern, muss es innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung auf internationaler und auf europäischer Ebene gelingen, von Zeit zu Zeit die Kräfte zu konzentrieren. Die sehr unterschiedliche Beteiligung am europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau am 3. April 2004 haben gezeigt, dass dies sowohl den Gewerkschaften als auch der globalisierungskritischen Bewegung als ganzes noch nicht ausreichend gelingt. Der Mobilisierungsrhythmus ist immer noch stark national bestimmt und auch die internationalen Entscheidungsstrukturen der Bewegung sind mangelhaft.

Herausforderung 6

KonsumentInnenmacht mobilisieren

Im Gegensatz zur Umweltbewegung hat die globalisierungskritische Bewegung bislang nicht gelernt, KonsumentInnenmacht erfolgreich zu mobilisieren. Der Wert global eingeführter Markennamen ist multimilliardenschwer. Gleichzeitig spielen transnationale Konzerne bei der Durchsetzung neoliberaler Politik und Wirtschaftsweisen eine Schlüsselrolle. Das Angreifen dieser Markennamen ist daher eine wichtige Machtressource für die Bewegung. Eine globale Imageschädigungs- und Boykottkampagne gegen einen ausgesuchten Konzern könnte Kräfteverhältnisse verändern, weil so Firmen und ihre Aktionäre ein, wenn auch begrenztes, wirtschaftliches Interesse an stärkeren sozialen und ökologischen Regulierungen bekommen könnten. Somit sind Kampagnen, die Firmen direkt angreifen, kein Gegensatz zu Forderungen nach politischer Regulierung, sondern eine wichtige Unterstützung. Eine solche Kampagne wäre dann besonders aussichtsreich, wenn sie eine gemeinsame internationale Anstrengung der Bewegung sind. In Deutschland gibt es darüber hinaus besondere Mängel. Während die Bewegung in den USA große und erfolgreiche Anti-Sweat-Shop¹²-Kampagnen organisiert hat, ist die hiesige Clean-Cloth-Campaign zu harmlos. Es gilt Produktionsöffentlichkeit herzustellen: Welches Unternehmen forscht, investiert und produziert mit welcher Technik und unter welchen Arbeits- und Umweltbedingungen (Zeller 2004)? Welche politischen Forderungen werden direkt oder über Wirtschaftsverbände vertreten? In Deutschland gibt es keinen Ort, wo diese Informationen systematisch und gut zugänglich gesammelt werden. Ein deutschsprachiger Ableger von www.transnationale.org steht weiterhin aus.

Herausforderung 7

Globalisierungsperspektive der von Sozialabbau Betroffenen stärken

Das Projekt der ökonomischen Aufklärung der globalisierungskritischen Bewegung mit seiner starken internationalen Perspektive ist bisher paradoxerweise nicht bei denen angekommen, die vom international getriebenen Sozialabbau am meisten Betroffenen sind. Dies ist nicht nur ein Problem in Deutschland, sondern gilt auch für die anderen Industrieländer.

Meinungsumfragen zeigen etwas stärkere globalisierungskritische Auffassung bei Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (European Commission 2003). Auch in Ostdeutschland sind globalisierungskritische Ansichten verbreiteter als im Westen (European Opinion Research Group EEIG 2001). Trotzdem ist es bislang nicht gelungen, dies bei den VerliererInnen der neoliberalen Globalisierung zu einer globalisierungskritischen Perspektive mit dem Eintreten für eine internationale Regulierung der Wirtschaft weiterzuentwickeln. Wie dies bewerkstelligt werden könnte, ist eine entscheidende und unbeantwortete Frage, von der der Erfolg der Bewegung (mit) abhängen wird (Cassen 2003). Sicherlich ist ein aktives Zugehen und Einbeziehen der selbstorganisierten Gruppen und Verbände der Betroffenen notwendig. Ferner müssen die Bildungsmaterialien in ihrer Sprache, Klarheit und Länge auf

¹² Als Sweat Shops werden Fabriken bezeichnet, in denen in der Regel in Entwicklungsländern unter unmenschlichen Bedingungen produziert wird.

dieses Ziel abgestimmt werden. Die Sichtweisen der vom neoliberalen Umbau besonders Betroffenen müssen stärkeren Eingang in die Aussagen der Bewegung finden.

Herausforderung 8

Erfolge öffentlichen und regulierenden Handelns aufzeigen

Neoliberalen Kräften ist es zunehmend gelungen, öffentliches Handeln als ineffizient, und bürokratisch darzustellen. Der anti-neoliberalen Koalition gelingt es viel zu selten deutlich zu machen, wie große Vorteile öffentliches soziales Handeln für die große Mehrheit der Bevölkerung hat. Die Erfolgsgeschichten müssen hörbar werden: Der hohe Wohlstand und die hohe Lebensqualität in Skandinavien gibt es nicht trotz sondern wegen einer stärker regulierten Wirtschaft. Die effiziente Verwaltung und Verwendung von Rentenversicherungsbeiträgen in den öffentlichen Rentenkassen im Vergleich zu den ineffizienten und risikobehafteten Pensionsfonds. Die vielen gut funktionierenden öffentlichen Betriebe und Einrichtungen. Wir sollten also sowohl das Versagens von Märkten bekannt machen, als auch wir die Erfolge von regulierenden Eingriffen verbreiten. Allerdings dürfen wir dabei einen Fehler nicht machen: Die Schwächen und Grenzen öffentlicher Systeme zu verschweigen. Immer wieder sind öffentliche Einrichtungen bürokratisch und ineffizient und werden von den NutzerInnen auch so erlebt. Daraus kann man jedoch gerade nicht ableiten, dass der Markt es besser machen würde. Vielmehr muss es um die Reform und Demokratisierung öffentlicher Einrichtungen und Angebote gehen – nicht um ihre Privatisierung.

Herausforderung 9

Die anti-neoliberale Koalition stärken

Um die soziale Basis der globalisierungskritischen Bewegung wie auch auch der anti-neoliberalen Koalition jenseits von Massenmobilisierungen zu stärken, bedarf es auch sich ernsthaft mit den Problemen in den Gruppen und Bündnissen vor Ort zu befassen. Die Offenheit der Strukturen der Sozialforen, Attac-Gruppen aber auch Orten sozialer Bündnisse wie etwa Aktionskonferenzen ist ein großer Vorteil, aber auch sehr verletzlich. Sie locken Personen und Gruppen an, „die dem Skurrilen, Bizarren und Exzentrischen zuneigen“ (Wahl 2004a). Sie werden immer wieder von wenig repräsentativen Gruppen dominiert. Hinzu kommt, dass leider die internationale Perspektive der Bewegung oft von zu rückwärtsgewandter, rein erhaltender Sozialstaatsrhetorik überdeckt wird. Das macht es auch schwieriger neue Personenkreise und gerade junge Leute in diese Bewegung einzubeziehen. Mit solchen Problemen müssen wir uns offen auseinandersetzen, wenn wir unser Bündnis erweitern wollen. So erscheint mir auch die immer wieder geforderte Radikalisierung der jetzigen Bewegung (etwa Shahyar 2004) eher diese Tendenzen von Ausschlüssen zu stärken als die Bewegung wirklich vor an zu bringen, solange dies nicht von breiten Gruppen in der Bevölkerung getragen wird¹³.

Für eine solche Erweiterung gibt es mindestens vier Akteursgruppen, denen wir uns besonders widmen müssen:

Gewerkschaften: Die Gewerkschaften sind fraglos die potentiell mächtigsten Akteure in der Koalition. Schon durch ihre große Mitgliederzahl sind sie trotz aller Verluste immer noch einflussreich, auch wenn die Mitgliedschaft in ihren politischen Auffassungen oft gespalten ist. Das offene Aufbegehren der Gewerkschaften gegen eine SPD-geführte Bundesregierung, die Demonstrationen vom 3. April 2004 und die Loslösung von der SPD sind Teil eines Prozesses von historischer Bedeutung. Gesellschaftspolitisch können die Gewerkschaften dadurch zu einem ungleich interessanteren Akteur werden als in der Vergangenheit. Daher gilt es, die gewerkschaftlichen Kräfte zu stärken, die für eine Öffnung zu den sozialen

¹³ Das bedeutet natürlich keine Kritik daran dass auch diese Bewegung radikale Teile hat.

Bewegungen sind (Wahl 2004b). Im Zusammenhang mit der Globalisierung erweist sich als Schwäche, dass gewerkschaftliche Interessensvertretung selbst v.a. auf der nationalstaatlicher oder betrieblicher Ebene ansetzt. Tarifverträge entsprechen in immer weniger Sektoren dem Handlungsrahmen der Unternehmen. Sie unterliegen damit ähnlichen Problemen wie die nationalstaatliche Regulierung von Märkten. Lohnfindung und gewerkschaftliche Organisierung, aber auch die wirtschaftspolitische Einflussnahme von Gewerkschaften, bedarf weitaus mehr als bisher selbst der Internationalisierung. Allein Gewerkschaften verfügen¹⁴ mit dem Streik über ein Erzwingungsmittel, das über puren öffentlichen Druck hinaus geht. Dieses Mittel ist allerdings in politischen Auseinandersetzungen außerhalb von Tarifaussinandersetzungen in Deutschland nur schwer einzusetzen (Schadensersatzpflicht). Nicht zuletzt deshalb sollten sich Teile der Bewegung außerhalb der Gewerkschaften mit klugen Ratschlägen, wann Streik einzusetzen ist und wann nicht zurückhalten. Diese Entscheidung liegt alleine bei denjenigen, die schließlich auch die Konsequenzen zu tragen hätten. Trotzdem besteht für die anti-neoliberale Koalition ein gemeinsames, strategisches Interesse am Erhalt der Streik- und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften. Deshalb verdienen – jenseits aller bestehenden Differenzen und berechtigter Kritiken - die Gewerkschaften bei der laufenden Gewerkschaftskritik in den Medien und bei der laufenden Auseinandersetzung um den Erhalt der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrages die Unterstützung aller progressiven Kräfte.

Umwelt- und Entwicklungsorganisationen: sind sie in der Regel „Ein-Themen-Organisationen“, die sich scheuen, zu anderen oder weitergehenden politischen Fragen Stellung zu nehmen. Diese Position wird jedoch angesichts der umfassenden Bedrohung von Umwelt- und Entwicklungszielen durch die neoliberale Ideologie zunehmend paradox. Die Trennung in verschiedene Themenbereiche ist angesichts einer Auseinandersetzung um gesellschaftliche Grundorientierungen nicht zielführend. Die offeneren Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sollten sich zur Erreichung ihrer Ziele stärker in die anti-neoliberale Koalition klarer einbringen.

Kirchen: Ähnlich wie die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen scheuen sich die Kirchen des Nordens im Konflikt um die neoliberale Vorherrschaft Farbe zu bekennen. Dies wurde von verschiedenen Kirchen und führenden KirchenvertreterInnen aus den Entwicklungsländern immer wieder scharf kritisiert¹⁵. In Deutschland ist es sogar noch schlimmer: In jüngsten Äußerungen bekennen sich die Leitungen der beiden großen Kirchen (mit Ausnahme des Reformierten Bundes) zur „Notwendigkeit“ der neoliberalen Reformen. Die Kirchen oder zumindest möglichst große Teile von ihnen wären jedoch ein äußerst wichtiger Faktor für die Entwicklung einer glaubwürdiger Alternativen. Es gilt daher, auf Gemeinden und kritische Teile der Kirchen zuzugehen und mit ihnen zusammen zu arbeiten. Kirchentage, die evangelischen und katholischen Akademien, Sozialforen und Veranstaltungen der Hilfswerke und Wohlfahrtseinrichtungen sind gute Gelegenheiten das Gespräch zu suchen.

Kleine und Mittlere Unternehmen: Im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen ist die Situation paradox. Während die Konkurszahlen auf historisch hohem Niveau sind, vor allem weil die Wirtschaft unter mangelnder Binnennachfrage leidet, fällt den VertreterInnen kleinerer und mittlerer Unternehmen nichts anderes ein, als die Verschärfung eben dieser Politik zu fordern. Die InteressensvertreterInnen der gewerblichen Wirtschaft sind – vielfach gegen ihr eigenes Interesse - zutiefst durch neoliberalen Botschaften verwirrt. Neben ideologischer Irrungen kommt erschwerend hinzu, dass in den wichtigsten Verbänden (Branchenverbände, DIHT, ZdH) große und kleine Unternehmen gemeinsam vertreten sind,

¹⁴ Auch massenhafter ziviler Ungehorsam kann einen Charakter von „Erzwingung“ haben. Allerdings ist er schwer in dieser Weise zu organisieren, so dass ziviler Ungehorsam in der Regel doch „nur“ ein, wenn auch verschärfter, Appell an die Öffentlichkeit ist.

¹⁵ Vgl. z.B. den Soesterberg-Brief, www.kairoseuropa.org

aber die VertreterInnen der großen in der Regel das Sagen haben. Es ist eine ungelöste strategische Frage, wie das Lager der Unternehmer in der Frage der gesellschaftspolitischen Orientierung zumindest ansatzweise zu spalten ist. Im Bereich des Umweltschutzes wie auch in einigen anderen Ländern ist dies jedoch bereits gelungen¹⁶, so dass dies auch in Deutschland eine weiterhin spannende Frage ist. Vielleicht ist die Gründung eines progressiven Unternehmensverbandes eine mögliche Antwort auf diese Situation.

Herausforderung 10

Attac muss lernen Kampagnen zu führen

Attac als wichtiger und vielleicht unabhängiger Teil der anti-neoliberalen Koalition ist bisher recht erfolgreich auf gesellschaftlichen Wellen gesegelt und dadurch groß geworden. Außerdem hat Attac zwischen verschiedenen Bündniszusammenhängen eine wichtige Brückenfunktion, weil Attac durch die eigene plurale Zusammensetzung in sehr verschiedenen Kreisen Anerkennung findet. Das alles wird jedoch in Zukunft nicht mehr reichen. Die wichtigsten Ressourcen der Organisation – Einzelmitglieder, 180 aktive Attac-Gruppen, 100 bundesweite Mitgliedsorganisationen, SympathisantInnen, starke Internetpräsenz, guter Medienzugang – müssen gezielt in professionell gemachten Kampagnen zusammenarbeiten, um voll wirksam zu werden. Dazu gehört ansprechend gemachtes Material für die Öffentlichkeitsarbeit genauso wie das Personalisieren, Zuspitzen und gut aufgearbeitete Hintergrundinformationen. Die Kampagnen müssen so aufgebaut sein, dass sie zumindest immer wieder auch gewinnbar sind. Die laufende Kampagne gegen den Steuerklau des Vodafone-Konzerns (www.vodaklau.de) ist ein erstes gelungenes Beispiel. Diese Professionalisierung ist freilich kein Gegensatz zur eigenen demokratischen und bewegungsförmigen Arbeitsweise. Vielmehr wird sich der Aktivismus an der Basis erschöpfen, wenn nicht gut gemachte Kampagnen immer wieder zur Beteiligung mobilisieren. Dabei sind solche begrenzten Kampagnen mit gewinnbaren Forderungen eben kein Gegensatz zur langfristigen Veränderung von Kräfteverhältnissen (etwa Rätz 2004). Im Gegenteil, in konkreten, auch durchaus tagespolitischen Auseinandersetzungen verändern sich Kräfteverhältnisse. Nur darf diese Arbeit nicht zum Selbstzweck werden. Oftmals ist es klüger nicht dort anzusetzen, wo das Problem oder die absolute Veränderung am größten ist, sondern wo der Gegner am Klarsten ist, die Unterstützung am Stärksten ist. Begrenzte Kampagnen sind außerdem dort sinnvoll, wo mit einiger Aussicht auf Erfolg Menschen konkret geholfen werden kann und/oder eine begrenzte Forderung gleichzeitig einen strategischen Schritt für ein größeres Ziel darstellt. „Die neoliberale Hegemonie im Denken, in der öffentlichen Wahrnehmung, in der öffentlichen Debatte ... zu brechen“, wird nur einer Bewegung gelingen, die nicht nur lang- und mittelfristige Projekte verfolgt, sondern auch immer wieder Auseinandersetzungen aus eigener Kraft gewinnt. Daran sollten wir arbeiten.

Regelbestätigungen

Irgendwo
sitzt im System
manchmal einer
oder auch eine
und dreht ganz leise daran
damit es ein wenig
menschlicher wird
in diesem einen Fall

¹⁶ Attac Österreich kooperiert erfolgreich mit einem Kleinunternehmerverband. In Italien gibt es eine lange Tradition progressiver UnternehmerInnen.

Dann schimpfen immer
Genossen
und Genossinnen
über Verkleistern von Rissen
und Alibifunktionen

Vielleicht
mit Recht
aber selten
die jeweils
Betroffenen.

Erich Fried
aus: Es ist was es ist. Liebesgedichte, Angstgedichte, Zorngedichte

Diese zehn Herausforderungen für die anti-neoliberale Koalition sind wichtig auf die mittlere Frist. Für die nähere Zukunft stehen sehr konkrete Dinge an:

Erfolgsorientierung

Auf internationaler Ebene braucht die Bewegung dringend einen konkreten Erfolg, der die Bewegung nach innen und außen stärkt. Daher muss es schon sehr bald gelingen, eine internationale gemeinsame Kampagne der Bewegung zu führen. Etwas, an dem sich möglichst viele Teile der Bewegung beteiligen können. Einiges wäre jedoch schon gewonnen, wenn wir die vielen bereits erreichten Teilerfolge besser kommunizieren würden.

Themen für die nächste Zeit

Die nächsten Monate werden von der Auseinandersetzung um die Einführung von Hartz IV geprägt sein. Hartz IV ist der folgenreichste Teil der Agenda 2010, weil er den Horizont öffentlich garantierter sozialer Sicherheit aus 12 Monate verkürzt und bei der Senkung der Löhne am unteren Ende eine entscheidende strategische Bedeutung zukommt. Durch den Zwang Jobs bis zu 30% unter Tarif anzunehmen, soll die Lohnschere mit indirekten gesetzlichen Mitteln weiter geöffnet werden. Da es eine große Zahl von direkt Betroffenen gibt, ist Hartz IV einen großen Konflikt wert.

Im nächsten Jahr wird mit der WTO-Ministerkonferenz ein erneuter Versuch gestartet werden, an der globalen Liberalisierungsschraube zu drehen. Da die rot-grüne Bundesregierung zu den wichtigsten Treibern weiterer handelspolitischer Derregulierungen zählt, kommt der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland eine besondere Verantwortung zu.

Schließlich wird es im Vorfeld der Bundestagswahl zu grundlegenden Debatten um die Zukunft der Sozialversicherungssysteme („Kopfpauschale“ versus „Bürgerversicherung“) und die von der CDU/CSU/FDP geplanten Verschärfungen des rot-grünen Kurses in der Steuerpolitik kommen. Ferner ist zu befürchten, dass nach Hartz IV der nächste Schritt zur allgemeinen Öffnung des Niedriglohnsektors die Senkung der Sozialhilfe/Arbeitslosengeld II ist. Bei all dem gilt es klar Position zu beziehen, ohne sich vor nach Jahren neoliberaler Politik vor den rot-grünen Karren spannen zu lassen. Die Glaubwürdigkeit von Rot-Grün wird auch weiterhin daran zu messen sein, was sie mit den eigenen Mehrheiten umsetzen und nicht was in wohlklingenden Parteitagebeschlüssen steht. So kann die rot-grüne Mehrheit im

Bundestag in der Auseinandersetzung um die Bürgerversicherung problemlos die Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenzen in den Sozialversicherungssystemen hochsetzen. Dabei ist sie nicht auf eine Zustimmung des Bundesrates angewiesen. Im Zuge der anstehenden Wahlen und im Vorfeld der Bundestagswahl wird Rot-Grün zunehmend unter Druck kommen, ein Signal an die - ehemaligen – StammwählerInnen zu senden. Daher sollte es möglich sein, der jetzigen Bundesregierung noch das eine oder andere Zugeständnis abzutrotzen, und sei es ein Mindestlohngesetz.

Das bewegungspolitische Highlight des Jahres 2005 wird mit großer Sicherheit die Durchführung des ersten Sozialforums in Deutschland in Erfurt. Hier gilt es für alle anti-neoliberalen Kräfte zusammen zu kommen und das Bündnis weiter auszubauen. Auf der örtlichen Ebene ist die Gründung lokaler und regionaler Sozialforen, wo es nicht schon geschehen ist, der nächste Schritt zur Stärkung unserer Koalition für Alternativen zur neoliberalen Vorherrschaft.

Literatur:

- Ulrich Brand (2003): Stand und Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung, in: Sand im Getriebe 26, S.23-28, www.attac.de
- Bernard Cassen (2003): Tout a commencé à Porto Alegre...Mille forums sociaux !, Paris : Mille et une nuits.
- European Commission (2003) : Eurobarometer Globalisation, Flash Eurobarometer No. 151b, Brüssel.
- European Opinion Research Group EEIG (2001): Les Europeens, la globalisation et la liberalisation, Eurobarometer 55.1, Brüssel
- Susan George (2004): Taking the movement forward, Bookmarks: im Erscheinen.
- Anne Karrass, Ingo Schmidt, u.a. (2004): Europa - lieber sozial als neoliberal, AttacBasisTexte 11, vsa-verlag: Hamburg.
- Felix Kolb (2003): Soziale Bewegungen und politischer Wandel, Berlin: Deutscher Naturschutzring.
- Medico International (2004): Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität, medico-Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit, in: Sand im Getriebe 35, S. 8-10, www.attac.de
- Werner Rätz (2004): Richtungsforderungen, in: Sand im Getriebe 35, S. 10-12, www.attac.de.
- Hermann Scheer (2004): Die Lähmung ökologischer Konsensstrategien, in: Solarzeitalter 2/2004, S.5-8.
- Thomas Seibert (2003): The people of Genova [sic] – Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke, in: Sand im Getriebe 26, S.23-28, www.attac.de
- Pedram Shahyar (2004): Was hat der 3.4. gebracht?, in: Sand im Getriebe 33, S.25, www.attac.de
- Peter Wahl (2004a): Vor neuen Herausforderungen – zu einigen strategischen Problemen der globalisierungskritischen Bewegung, in: Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 58, Juni 2004, S. 84-94.
- Peter Wahl (2004b): Was hat der 3.4. gebracht?, in: Sand im Getriebe 33, S.24/25, www.attac.de
- Christian Zeller (2004): Die Eigentumsfrage ernst nehmen, in: Sand im Getriebe 31, S. 6-14, www.attac.de.